

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Redaktion und Expedition:  
Gedruckt in L.

Sprecher der Redaktion:  
nur von 12-1 Uhr vertragl.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mit den Beiblättern „Haushaltspost“ und „Nach der Arbeit“ erscheint wöchentlich dreimal. Preis monatlich 60 Pf., Bringerlohn 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk.

Nr. 115.

Bringen die 4 gestellte Zeitung über  
betrag Kosten 16 Pf.

Dresden den 24. September

Bei Kaufen genügt bei mindestens  
einmaliger Wiederaufnahme Rechnung.

1890.

## Abonnements-Einladung.

Vom 1. Oktober ab erscheint die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ täglich.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ wird täglich originale, gemeinverständliche Leitartikel bringen, in denen neben den Fragen der inneren und äußeren Politik in erster Linie die sozialpolitischen Zeit- und Streitfragen vom Standpunkte der sozialdemokratischen Partei beleuchtet werden. In einer sorgfältig zusammengestellten Rundschau werden wir alle unsere Leser interessierenden Vorgänge im politischen Leben und in der Arbeiterbewegung registrieren. In einer besonderen Rubrik werden wir alle das ökonomische und soziale Leben der Arbeiter betreffenden statistischen Daten zusammenstellen. In größter Ausführlichkeit werden wir über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Partei-Kongresses und über die Sitzungen des Reichstags und Landtags berichten. Auch dem lokalen Theile und der Berichterstattung aus der Provinz, wie aus dem Gerichtssaale werden wir besondere Aufmerksamkeit schenken. Über wichtige künstlerische und literarische Erscheinungen soll auch von Zeit zu Zeit berichtet werden.

Im Feuilleton endlich werden wir Werke der hervorragendsten deutschen und ausländischen Romanciersteller und interessante naturwissenschaftliche und historische Abhandlungen veröffentlichen.

Mit der Sonntagsnummer wird auch weiterhin das Beiblatt „Nach der Arbeit“ ausgegeben werden, dessen Redaktion wir volle Aufmerksamkeit schenken wollen.

Die zahlreichen in letzter Zeit im In- und Auslande gewonnenen Mitarbeiter, sowie das eifige Bemühen der Redaktion lassen hoffen, daß der „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bald eine hervorragende Stelle in der deutschen Arbeiterpresse zu Theil werden wird.

Um dies zu erreichen, ist aber in erster Linie die thatkräftige Unterstützung der Arbeiter von Dresden und Umgebung nötig.

## Arbeiter von Dresden und Umgebung!

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ ist Euer Blatt, Eure Pflicht und Schuldigkeit ist es, daß Blatt durch regelmäßige und streng wahrheitsgetreue Berichterstattung über alle Vorgänge auf dem Laufenden zu erhalten und das Blatt durch eifige Agitation zu verbreiten, durch regelmäßiges Abonnement zu stützen.

Ihr seid die Majorität der Bevölkerung, Euer Blatt muß das verbreitetste der Gegend sein. Euer ist das Blatt, Eure Interessen vertritt es einzig und allein, Ihr müßt es stützen und heben.

Dies wird Euch nicht schwer gemacht durch den billigen Preis des Abonnements.

Das Abonnement beträgt durch die Expedition und die Ausgabenstellen bezogen monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1 Mark 80 Pf., frei ins Haus gestellt 80 Pf. monatlich, 2 Mark 40 Pf. vierteljährlich. Nach auswärts durch die P. Amtshäuser vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., direkt durch die Expedition unter Gewand bezeugt 4 Mark 20 Pf.

### Ein arbeitsstatistisches Reichsamt.

\* Wer sich mit den sozialpolitischen Fragen des Gegner zu beschäftigen hatte, sei es als Gelehrter oder Journalist, sei es als Politiker oder Beamter oder Unternehmer oder Arbeiter, wird es stets schwer empfunden haben, daß das sozialstaatliche Material zur Beurteilung der sozialstaatlichen Verhältnisse sowie zur Kritik der von der Regierung oder den politischen Parteien vorgelegten sozialpolitischen Gesetze fehlt. Während zur Beurteilung des zu eröffnenden Krieges oder Schadens vorgelegter Handelsverträge ein weitreichendes internationales statistisches Material vorliegt, sind alle sozialpolitischen Projekte auf Flugblatt gebaut, ihr Nutzen, ihr Einfluß auf den Unternehmergeist der Fabrikanten und Kaufleute einerseits, auf den Lohn der Arbeiter andererseits, läßt sich zwar auf Grund der damaligen Gesetze in allgemeinen Linien voranschließen, Linienweg aber mit der unmittelbaren Gewißheit vorausbestimmen, welche eine objektive Sozialstatistik ermöglichen würde. Niemand hat häufiger und energischer sozialstaatliche Erhebungen seitens des Reiches gefordert, als gerade die Vertreter der Sozialdemokratie, doch stets wurden sie mit wenig flächenhaftrigen Gründen abgewiesen, weil es im Geiste der biometrischen Sozialpolitik lag, eine Regel-Strauß-Politik zu befürworten, die Unschärfe über den tatsächlichen sozialen Zustand der breiten Schichten unseres Volkes nicht zu überwinden, um alles, was hierüber von unserer Partei befürwortet wird, mit trockenem Seine abschließen zu können. Durch diese schlaue Politik kamen wir dazu, daß ein so weite Beobachtungssicht in Wirklichkeit zielendes Gesetz wie die Alters- und Invalidenversicherung vereinzelt wie genügend sozialstaatliche oder versicherungstechnische Grundlage zum Gesetz erhoben wurde. Das vorliegende statistische Material genügt auch in keiner Weise, um unsere Vermuthung zu widerlegen, daß es zum Trotze der Alters- und Invalidenversicherung aufgummelten Summen weitauß die Leistungen derselben übersteigen werden. Und heute eindringlich ist der Mangel einer Sozialstatistik, den Unternehmertum zu allen möglichen Schrecken von den den Arbeitern drohenden Schäden zu entwerfen, die aus den schwachlichen Arbeitschutzgesetzen der Regierung resultieren sollen. — Glücklicherweise befinden wir aus Österreich, der Schweiz und Großbritannien genügend viel Materialien, um die Wirkung von viel weitergehenden Arbeitschutzbestimmungen, wie sie von der russischen Regierung in Vorjagd gebracht werden, hinzuheilen zu können und wir wissen, daß die dortigen Gesetze den Arbeitern nur Vorteile gewährt haben und daß dort Niemand mehr die idiotische Vorangang vorsieht, daß durch diese Gesetze die Existenz der Industrie auch nur im mindesten in Frage gestellt wurde.

Wir aber nicht traurig, daß die deutsche Wirtschaft und Verwaltung, die deutsche Politik und Journalistik die sozialen Verdächtige und Entwicklungen nur an ausländischem Material illustrierten, ist es nicht herauszubringen, daß das, was R. Marx in seiner Vorrede zur ersten Auflage des „Kapital“ geschrieben hat, wie die Schrift des verstorbenen Professors Ehren über die Industrie am Niederrhein, die Arbeit des Prof. Emanuel Sieg über die Hau-Industrie in Thüringen, die Untersuchungen von Dr. Bruno Schönenbeck über die Spiegelbrücke-Auslastung in Nürnberg-Fürth und die neueste Untersuchung auf

diesem Gebiete, die Schrift von August Bebel über die Lage der Arbeiter in den Ländern.

So verblüffend aber auch diese Arbeiten sind, so sehr wir ihren Verfassern für ihre mühevollen Untersuchungen lebhaft dank schulden, so wenig können sie genügen, um uns das zu erleben, was wir fordern müssen: eine soziale Statistik über alle Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter.

Dies kann aus vielfachen Gründen nicht von Privaten geleistet werden, wenn eines eine Aufgabe und Pflicht des Staates ist, so ist es die, förmlich an das Werk zu gehen, um uns eine solche Statistik zu beschaffen. Kann man wie auch nicht die Unterlassung der verlorenen Dejemmen in Bezug auf die Sozialstatistik wieder gut machen, so darf zum Mindesten diese Unterlassung nicht weiter fortgesetzt werden.

Es ist der Reichstag auch nur einzigermaßen Ernst mit den feierlichen Versprechungen, endlich an die soziale Reformarbeit zu gehen, dann kann sie sich nicht der Übergangszeit verschließen, daß sie an die Aufstellung der sozialen Zustände, in denen wir leben, gehen muß, und dies ohne Verzug.

Wir sind die Letzten, die sich der großen Schulergebnisse nicht bewußt waren, die einer solchen Aufgabe entgegenstehen, aber es sind Schulergebnisse, die überwunden werden können. Vor allem sind es die großen Kosten, die in Betracht kommen. Aber in einem Lande, wo jahrs auf jahrtausende auf Schleppzügen verpatzt werden, wo für Marine und Heer, für Zuckerindustrie und Großgrundbesitzer die Millionen immer bereit sind, da kann es doch möglich auf Basis für eine Sozialstatistik nötige Geld nicht ankommen.

Dann kommen statistisch-technische Schulergebnisse in Betracht, die zu erzielen aber hier nicht der Ort ist, endlich wäre eine wichtige Vorfrage zu entscheiden, wer die Statistik aufnehmen soll. Die Unternehmer würden natürlich, daß ihre Vereinigungen damit betraut werden sollen. Dagegen muß man sich des Entscheidens verwahren. Von der Statistik ist in erster Linie Objektivität zu fordern, deshalb darf dieselbe nicht einer Interessentengruppe anvertraut werden. Den Berufsgenossenschaften - die Sozialstatistik ihrerseits hieße sowiel wie den Wölfen die Schafe heranzutreiben.

Ebensoviel kann es angehen, den Gemeinden oder politischen Behörden die Statistik zu überweisen, auch diesen fehlt die nötige Objektivität und die erforderliche Sachkenntnis und das sozialpolitische Wissen sowie das lebhafte Interesse für diese Aufgaben.

Von den Interessentenkämpfen entzweite, über dem Einfluß der Behörden stehende Stelle ist unbedingt erforderlich zur Errichtung dieser Aufgabe und dies kann unseres Erachtens einzigt und allein eine wissenschaftliche Centralstelle sein, ähnlich der physikalisch-technischen Akademie oder dem Reichs-

eines solchen Institutes und die Bewilligung der nötigen Gelder allein thut es nicht. Das wichtigste ist ein entsprechendes Beamtenpersonal, dessen Ehr, Interesse, Thätigkeit, Sachkunde und Objektivität von allen Seiten anerkannt wird. Ohne das Vertrauen des Arbeiters wird ein solches Institut nur eine Scheinexistenz führen und ohne vorhandene gewerkschaftliche Organisation werden einem reichsstädtischen Amte die Stellen fehlen, wo es mit seinen Ergebnissen beginnen kann. Wir wollen hoffen, daß man endlich diese nicht länger mehr bestreitbare Aufgabe des Staates zu erfüllen beginnt, eine soziale Statistik zu schaffen und daß man dabei auch den richtigen Weg einschlägt.

### Erster deutscher Bergarbeiterntag in Halle.

In der Schluss-Sitzung wurde zunächst die bewilligte von der Redaktionskommission ausgearbeitete Petition an die gesetzgebenden Gewalten verlesen und angenommen. Sobald gelangte der Statutenentwurf zur Mithörung. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Verband bewahrt die Wahrung und Förderung der geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder.

Dieses soll erreicht werden durch Abhaltung wissenschaftlicher und gewerblicher Vorträge, Versprechungen von Verbänden, Angelehnungen, Seiten von Fachschriften, Gründung einer Verbandsbibliothek und Gewährung von Rechtschutz bei dem aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten und, wenn möglich, gewerblichen Unterricht.

Unter die Versprechungen von Verbänden sollen namentlich gerechnet werden: die zeitgemäße Wiederherstellung der Bergarbeiter-Obediungen u. c., Erlangung der Arbeitsvermittlung und günstigerer Wohn- und Arbeitsverhältnisse.

Streitigkeiten der verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien sind innerhalb des Verbands total ausgeschlossen.

§ 2. Sämtliche in und auf den Gruben des deutschen Reiches beschäftigten und beschäftigten Arbeitern können Mitglieder des Verbands werden. Die Organe des Verbands bestehen aus einer Central-Vertretung, welche sich aus dem Central-Vorstand und dem Kontroll-Komitee zusammensetzt. Die Central-Vertretung ist berechtigt, eine Beratungskommission zu ernennen.

Die Wahlstellen werden durch von dem Central-Vorstand bestimmt gebildet, welche die Bevölkerung der Mitglieder der Grubstelle zu lasten und allmonatlich an den Central-Vorstand abstimmen haben.

Zie Central-Vertretung des Verbands hat, sobald es den Central-Vorstand anlangt, seinen Sitz zu Hause in Wöhrel.

Die Generalversammlung entscheidet mit einer Stimmenabstimmung, ob und wann der Sitz verlegt werden soll.

Der Central-Vorstand besteht aus 13 Personen, und hat unter sich 1 stellvertretenden, 2 Stells-

vertreter, 1 Kassier und 1 Stellvertreter, 1 Schriftführer und 1 Stellvertreter zu wählen.

Der Zentral-Vorstand und der Kontroll-Ausschuss werden von der Generalversammlung auf 3 Jahre gewählt. Austrittende sind wieder wählbar.

Dem Zentral-Vorstand ist zur Überwachung aller Geschäfte ein Kontroll-Ausschuss zur Seite gestellt, bestehend aus 7 Personen, die unter sich 1 Vorsitzenden und 1 Schriftführer wählen.

Das Ausschreiben aus dem Kontroll-Ausschuss findet in derselben Wahlstufe wie bei dem Zentral-Vorstand statt.

§ 3. Der Zentral-Vorstand bestimmt, welche Gelder in den Zahlstellenkassen zur Führung der Tagessäulen verbleiben.

§ 4. Aus dem Zentral-Vorstand schieden, abgesehen von der ersten Wahl, nach Ablauf des ersten Jahres 4 Personen, ebenso nach Ablauf des zweiten Jahres 4 Personen und nach Ablauf des dritten Jahres 5 Personen aus. Die erstmaligen Ausscheidungen werden durch Los bestimmt.

Der Kontroll-Ausschuss hat die vom Zentral-Vorstand aufgestellten Jahresrechnungen zu prüfen und zu unterschreiben. Er nimmt etwaige Beschwerden der Mitglieder gegen den Zentral-Vorstand entgegen, um durch genaue Prüfung derselben den Zentral-Vorstand zur Regelung der fraglichen Angelegenheit zu veranlassen.

§ 5. Der Vorsitzende des Zentral-Vorstandes vertreibt den Verband noch innen und außen, leitet die Vorstanderversammlungen, die General- und außerordentlichen Generalversammlungen.

Der Kassier vom Zentral-Vorstand besorgt die Kassengeschäfte und Führung der Kassenbücher. Die Rundigungen und Schreibungen von Geldern, sowie die Entnahme der Gelder von den Zahlstellen dürfen nur von diesem Kassier unter Beglaubigung des Vorsitzenden vom Zentral-Vorstand erfolgen.

Der Kassier hat eine Sicherheit zu leisten; über die Höhe derselben entscheidet die Zentral-Vorstand, ebenso auch über die zinsbare Anlegung der Kassenbeläge.

Der Schriftführer führt die Protokolle in den Sitzungen und besorgt die übrigen schriftlichen Arbeiten.

Alle Mitglieder des Zentral-Vorstandes sind in ihren amtlichen Handlungen an die Beschlüsse des Zentral-Zeitung- und Zentral-Vorstandsmajorats gebunden, soweit es sich nicht um Geschäfte handelt, die durch die Bestimmungen des Statuts und der Generalversammlungen zwangsläufig geregelt sind.

Die Bevollmächtigung der Mitglieder des Zentral-Vorstandes bestimmt die Generalversammlung. Die Bezahlung des nötigen Hilfspersonals unterliegt den Wahrheitsabschlägen des Zentral-Vorstandes.

§ 6. Nach Ablauf eines jeden halben Jahres ist vom Zentral-Vorstand eine Abrechnung aufzustellen; dieselbe ist abschließend mit einem allgemeinen Bericht bezüglich zu veröffentlichen, das sie allen Mitgliedern des Verbandes zugänglich wird. Spätestens acht Wochen nach Ablauf eines jeden halben Jahres muss die Veröffentlichung der Abrechnung erfolgt sein.

§ 7. Eine Zahlstelle kann vom Zentral-Vorstand errichtet werden, sobald 7 Mitglieder an einem Orte vorhanden sind. Der Zentral-Vorstand ist berechtigt, bei jeder Zahlstelle eine außerordentliche Kontrolle vorzunehmen, aber auch Mitglieder mit einer solchen zu beauftragen, und sind die Zahlstellen verpflichtet, denselben sämtliche Bücher, Rezepte und Baarbestände auszuführen.

Alles Material zur Rettung der Zahlstellen wird denselben vom Zentral-Vorstand übermittelt. Die zu den General- und außerordentlichen Generalversammlungen zu entsendenden Delegierten werden nach einer dem Zentral-Vorstand überlassenen möglichst einheitlichen Ordnung gewählt.

§ 8. Auf den einzelnen Zahlstellen können sich die Mitglieder zur Aufnahme melden, jedoch entscheidet nur der Zentral-Vorstand über Aufnahme oder Nichtaufnahme und gilt das Mitglied dann erst als definitiv aufgenommen, wenn die Aufnahme durch den Zentral-Vorstand erfolgt ist. Dagegen hat das Mitglied so lange keine Rechte und Pflichten, bis die Aufnahme in obiger Weise geschlossen ist.

Betriebs- und Aufsichts-Beamte können weder Mitglieder sein noch werden.

Jedes neu eintretende Mitglied hat bei seiner Aufnahme 80 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten, wofür der Eintretende ein Quittungsbuch als Legitimation erhält. Ist ein Quittungsbuch verloren, so wird gegen Bezahlung von 20 Pf. ein neues ausgestellt, dagegen wird für ein volles Quittungsbuch gegen Vorzeigen desselben ein neues losloses veradfolgt.

Die Höhe des von den Mitgliedern monatlich zu zahlenden Beitragssatzes wird von den Generalversammlungen bestimmt.

Die laut Statut in die Zentralstasse fließenden Gelder werden im Sinne des § 1 verwendet.

§ 9. Der Austritt der Mitglieder muss dem Zentralvorstand angezeigt werden.

Der Mitgliedschaft geht verlustig, wen wesentlich gegen die Interessen des Verbandes — siehe § 1 — handelt. Wenn ein Mitglied länger als drei Monate mit seinem Beitrag versetzt, so kann ihm von dem Zentral-Vorstand die Mitgliedschaft übertragen werden ohne irgend welche politische

entzogen werden. Mit dem Verluste der Mitgliedschaft ist auch der Verlust jedes Rechtes auf das Vereinssymbol verbunden.

§ 10. Wenn Mitglieder länger als vier Wochen zur Wahl eliberieren werden, so sind sie während dieser Zeit von Beiträgen entbunden.

Dasselbe ist der Fall bei erkrankten Mitgliedern, wenn deren Krankheit länger als vier Wochen dauert. Ebenso wird es mit den in Untersuchungshäfen sich befindenden gehalten.

§ 11. Die Abhaltung einer General-Versammlung findet alle Jahre statt, zu welcher Delegierte entsendet werden müssen. Dieselbe muss jedoch sechs Wochen vorher den Mitgliedern mit Angabe des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung an den Zahlstellen bekannt gegeben werden. Eine außerordentliche General-Versammlung findet statt:

1. wenn der Zentral-Vorstand mit dem Kontroll-Ausschuss es beschließen, oder wenn

2. Zweidrittel der Mitgliederzahl dieser beiden Organe unter Angabe der Tages-Ordnung darauf antragen,

3. wenn die Hälfte sämtlicher Zahlstellen unter Angabe der Gründe und der Tages-Ordnung darauf antragen.

Die Beschlüsse der General- und außerordentlichen General-Versammlung haben bindende Kraft, wenn die Delegierten mit einfacher Mehrheit dafür stimmen.

Bei den Wahlen entscheidet die einfache Stimmenmehrheit.

§ 12. Bei der eventl. Auflösung des Verbandes sind vorher durch den Zentral-Vorstand sämtliche Verpflichtungen des Verbandes an seine Gläubiger zu berücksichtigen. Die in Frage stehende Auflösung des Verbandes wird von den beschäftigten General-Versammlungen in den Zeitungen bekannt gemacht.

Den weiteren Punkt der Tagesordnung bilden Dankesworte und Anfeuerungen zu weiterer Thätigkeit der einzelnen Delegierten. Schließlich Dortmund weist besonders darauf hin, dass auch die Bergleute in Belgien, Frankreich, England u. s. w. unsere Brüder seien, auch mit ihnen müssten wir Hand in Hand gehen. König betont die Reichswichtigkeit der Vereinigung, um den Millionären, welchen dieses Wort jetzt schon zu klein werde, sie möchten schon statt dessen Milliardäre heißen, in ihrer schrankenlosen Ausdehnung entgegen zu treten. Auch den Arbeitern sollte ein Teil des Gewinnes zufallen. Grodum-Gelsenkirchen warnt vor Wölfen in Schafspelzen, welche es jetzt noch mehr als früher versuchen werden, die Bergarbeiterbewegung in ihre Hände zu bekommen. Rümmern wir uns nicht um diese, sondern gehen wir als Arbeiters unter eigenen Wege, wir kennen sie jetzt. Besonders macht er die Delegierten aus dem Saarbezirk heraus aufmerksam. Schloss-Saartal: Wir wollten erst deshalb nicht nach Hause zum Bergarbeitertag kommen, weil wir uns an den deutschen Kaiser gewandt und von denselben Abschafft erwarten. Da wir aber eingesehen, dass uns nur geholfen werden kann, wenn wir uns selbst helfen, haben wir uns zusammengetan mit den deutschen Komraden. Otto-Lentzsch hofft, dass, wie aus der Provinz Sachsen die Reformation triumphiert, sich ausgebreitet habe, von Leipzig aus im Jahre 1863 die deutsche Arbeiterbewegung ausgegangen sei und gute Früchte getragen, so von denselben Erfolge auch die Organisation der deutschen Bergarbeiter begleitet werde. Schöffer betont ebenfalls die Reichswichtigkeit, sich von den herrschenden Klassen abzuwenden und nur auf sich selbst zu bauen. Als Redner in scharfer Weise das heutige Christenthum kritisirt, werden Oppositionsstimmen laut und ungefähr 5 Delegierte verlassen in demonstrativer Weise den Saal. Helsbrück-Duisdorfer protestiert in erregten Wörtern gegen die Ausführungen seiner beiden Vorträdner. Er verbüte sich im Einverständnis vieler Delegierten jede Hinwendung von Politik und Religion in den Verband und der heutigen Diskussionen, sonst würden sie sofort ausscheiden. Nachdem einige weitere Worte des Dancks für das Gelingen der Organisation gesprochen und zur Einigkeit gemahnt, wurde scheinbar das bekannte Anspiel auf „Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht“ gefangen und hierauf mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation und Einigkeit der deutschen Bergleute der Delegiertentag geschlossen.

§ 13. Auf den einzelnen Zahlstellen können sich die Mitglieder zur Aufnahme melden, jedoch entscheidet nur der Zentral-Vorstand über Aufnahme oder Nichtaufnahme und gilt das Mitglied dann erst als definitiv aufgenommen, wenn die Aufnahme durch den Zentral-Vorstand erfolgt ist. Dagegen hat das Mitglied so lange keine Rechte und Pflichten, bis die Aufnahme in obiger Weise geschlossen ist.

§ 14. Betriebs- und Aufsichts-Beamte können weder Mitglieder sein noch werden.

Jedes neu eintretende Mitglied hat bei seiner Aufnahme 80 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten, wofür der Eintretende ein Quittungsbuch als Legitimation erhält. Ist ein Quittungsbuch verloren, so wird gegen Bezahlung von 20 Pf. ein neues ausgestellt, dagegen wird für ein volles Quittungsbuch gegen Vorzeigen desselben ein neues losloses veradfolgt.

Die Höhe des von den Mitgliedern monatlich zu zahlenden Beitragssatzes wird von den Generalversammlungen bestimmt.

Die laut Statut in die Zentralstasse fließenden Gelder werden im Sinne des § 1 verwendet.

§ 15. Der Austritt der Mitglieder muss dem Zentralvorstand angezeigt werden.

Der Mitgliedschaft geht verlustig, wen wesentlich gegen die Interessen des Verbandes — siehe § 1 — handelt. Wenn ein Mitglied länger als drei Monate mit seinem Beitrag versetzt, so kann ihm von dem Zentral-Vorstand die Mitgliedschaft übertragen werden ohne irgend welche politische

Entziehung und er hat nicht die allergeringste Verunsicherung, darüber zu klagen, dass die politische Haltung des Blattes von irgend jemanden beeinflusst worden wäre. Dies als Anfang für die mannschaftlichen Anstrengungen der neuen Redaktion seitens der gegnerischen Presse.

Gegen den Adel bringt die „Kreuzzeitung“ einen festigen, „einsetzbaren“ Artikel anlässlich der Selbstmorde und Ausschreitungen, die in den letzten Tagen in Berlin aus hochadeligen Kreisen bekannt geworden sind. Das Blatt schreibt: „Wenn große Verdögen am Menschenplatz und im Spielclub schwärmen, statt dem hohen Ziel stütlicher Erneuerung des Volks einzuhören, dann kommt zu werden, wenn das Leben in einem Kreisbündeln hingibt, die wohl einen Anfang, aber kein Ende haben, wenn jede That und jedes Wort nur für die Art des „ewig Blinden“ zeugen — dann sind die im Recht, die voll Ingerismus rufen: fort mit diesen Drohnen, Ihre Ue ist abgelaufen; fort! Dieser Ruf wird und muss in eben dem Maße stärker werden, als die höheren Sände, der Adel vor allem, fortfahren, dem Reichsenthum seinen Rückwürtz zu liefern, das Beispiel unfruchtbare Vergeudung der Kräfte fort zu lassen und der Schüttung der Massen zu führen, die selbst in den entlegensten Winkeln schon längst nicht mehr so harmlos sind, um sich des Gegenseitiges nicht bewusst zu sein, der zwischen solchem Treiben und der Fücht besteht.“ — Wie haben diesen offenkundig auf gründlicher Kenntnis der Verhältnisse beruhenden Ausschreibungen der „Kreuzzeitung“ nichts hinzufügen, sagt die „Freiheit“. Bis hier nur zustimmen können.

Das sächsische „Vaterland“ bezeichnet die Artikel unseres Blattes über den Organisationsentwurf als „parteihaft“. Wieder die „Wissenschaft“ — stammt, wissen wir nicht. Der Artikel röhrt von einem Arbeitstag her und wurde ohne irgend welche direkte oder indirekte Beeinflussung verfasst. Richtig ist es, dass ein Kartellorgan Ostfriesland in unseren Reihen sucht. Mit dem Wirkkreis vergleichbar noch dem Splitter in unseren Augen suchen und die Balken im eigenen übersehen, ist freilich kein Kampf mit gefestigten Waffen, doch nicht nur den verschmäht das „Vaterland“, auch den mit ethischen Waffen, denn solche lassen es nicht zu, dass man drückt: „Die russische Zensur wird ein Kinderspiel gegen die sozialdemokratischen sein.“

— Gelsenkirchen, 19. Sept. Als hier die Nachricht von dem Aufstandswellen des deutschen Bergarbeiterverbandes anlangte, flaggten die Bergarbeiter zur Feier des Tages und standen gleichzeitig ein Begrüßungstelegramm ab.

#### Gelsenkirchen.

Arbeiterpresse. Uns geben die beiden ersten, gut redigierten Nummern der „Glasarbeiter-Ztg.“ sozialpolitische Organ der Arbeiter der Glas- und Keramikwarenindustrie, zu. Dasselbe erscheint zweimal monatlich in Steinrichen in Böhmen. Wir kommen gerne dem Wunsche der Redaktion dieses Blattes nach, seiner Bitte um Kontakt mit den gewerkschaftlichen und politischen Organen der deutschen Arbeiter Raum zu gewähren.

Die amerikanische Mr. Kinley-Bill ist in Wien schon vor ihrem Auftritt einen unheimlichen Einfluss aus. Der größere Theil der dort sehr zahlreichen Perlmutt-Werkstätten hat die Arbeit eingestellt, ein kleiner Theil arbeitet noch fort, hat aber die tägliche Arbeitszeit auf vier bis sechs Stunden reduziert und den Arbeitern mit dergestaltigem Lohn gefündigt. In Kurztem wird bemerkt, wenn keine Rendierung eintritt, die Wiener Perlmutt-Industrie, von der gegen fünfzigtausend Personen leben, zu existieren aufgehort haben und das gleiche Schicksal wird diesen Zweig auch in allen anderen Teilen Österreichs, wo er bestehen, treffen. Die Mr. Kinley-Bill sieht auf die Einführung von Perlmuttekörpern neben dem alten Zoll von 25 Proz. des Wertes noch eine Abgabe von 2 Cent per Unze und Gros. Dadurch wird der Import von billiger Ware, welche bisher in Österreich hauptsächlich erzeugt wurde, ganz unmöglich und auch die besseren Qualitäten werden nur so lange eingeschafft werden können, als die inländische Produktion Amerikas, welche selbstverständlich durch die Bill eine fräftige Entwicklung erwartet muss, noch nicht genügend vorgezogen ist. Rechnet man noch hinzu, dass momentan fast jeder Amerikaner liegt, so ergiebt sich hieraus für diese Industrie eine traurige Aussicht. Nebenbei streben auch noch die deutschen Perlmuttfabrikanten einen hohen Schutz zoll gegen die österreichischen Erzeugnisse an. Der Verein der Knopfdrückermeister in Wien beansprucht, sich durch eine Deputation an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister zu wenden und beruft zu diesem Zweck eine Versammlung ein, welche heute abgehalten wird. Sie wollen wollen in derselben über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

In den Wiener Straßen wurde, wie sich die „Voss. Ztg.“ telegraphiert, dass der Redakteur dieses Blattes und mit Gegnern der Revolution unterhielt, worin die Unterstüzung unter Hinweis auf ihren Einfluss aufgefordert werden, jeden Fall verschiedener sozialistischer Propaganda in Solothurnen sofort zur Kommunikation ihrer Vergehen zu bringen, ebenso seien sozialistische Flugschriften ungesäumt den Vorgesetzten zu übergeben.

#### Ungarn.

Unfallversicherung der Arbeiter. Wie man aus Pest meldet, ist der Gesetzentwurf über die

Unfallversicherung der Arbeiter bereits fertig gestellt; der ungarische Handelsminister beschäftigt jedoch, in dieser Angelegenheit noch Schwierigkeiten zu ziehen, bevor er den Gesetzentwurf in endgültiger Form der Öffentlichkeit zu übergeben gedenkt.

Die Donau hat in der Nähe von Mohacs die Dämme durchtrennt und große Verwüstungen angerichtet. Der Fürstbischof von Fünfkirchen erledigt durch diese Wasseroberfläche einen Schaden von einer halben Mill. Gulden.

#### Frankreich.

In Josselin, der vor einigen Tagen seinem alten Kreisleiden erlag, ist nicht bloß der erbitterte Gegner einer Einigung der Possibilisten mit den Sozialdemokraten, sondern auch der Hauptteil der Possibilisten gestorben. Es genügt eine gewisse Popularität als Voraussetzung — zum Theil infolge seiner Amtstellung als zweiter Vorsitzender des Pariser Gemeinderates — eine solche Autorität aus, dass er die streitenden Elemente seiner „Partei“ noch mühelos zusammen und im Zaume halten konnte. Mit der Einigkeit der Possibilisten war es von Anfang an nicht weit her; der internationale Arbeiterkongress des vorjährigen Jahres, der ihnen die besten Arbeitsergebnisse entzog, beschleunigte den Zusammenschluss. Zwischen Bourges, Clermont und den übrigen Führern kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen, die ohne den Einfluss Josselin's, längst zu einem Bruch geführt hätten. Am Tage, wo Josselin starb, fand in Paris eine „Konferenz“ statt, die einen so erbitterten Charakter annahm, dass eine Prüfung bevorstand, als die Nachricht vom Tod des einzigen allgemein beliebten Führers eintraf und für den Augenblick den Frieden wieder herstellte — jedoch nicht die Einigkeit. In der Provinz haben die Possibilisten so gut wie gar keinen Anhang mehr, und die drei „Fédérations“, die sie zuvorhalte París haben, besitzen fast nur auf dem Papier, sind aber, so weit sie bestehen, in offener Feindschaft mit dem Pariser Zentralkomitee. Und auch in Paris, wo die Possibilisten bisher ihr Hauptquartier hatten, hat sich ein Theil der Faktorien abgewandt, die vorheriges Jahr noch zu ihnen gehörten. Jetzt zählt man sich darunter, wo der nächste nationale Kongress sein soll: in Châtellerault oder in Troyes oder in St. Quentin. Wo immer aber der nächste Kongress stattfinden möge, er wird vorwiegend eine Spaltung, oder richtiger den formellen Zerfall der Possibilisten bringen.

Eine nach 10—11.000 Personen umfassende Menge gab brüte dem verstorbenen Abg. Josselin das letzte Geleite. Er hatte ausdrücklich verlangt, dass die Truppen, auf die ein Abgeordneter auf seinem letzten Gange ein Unrecht hat, wegbleiben sollten; und so geschah es den auch. Dem Sarge gingen die Schulkinder des 18. Arrondissements voraus; die Befreiung des Leichnams folgten: Der Kammerpräsident Floquet, der Präsident des Pariser Gemeinderates Richard und acht Mitglieder verschiedener Gewerkschaften. Hinter dem sehr beschiedenen Leichentragen folgten noch die Leibdrogen der Delegationen der Kammer, des Gemeinderates, der Justiz, verschiedener Arbeitervereine und des offiziellen Organs der Arbeiterpartei „Le Proletariat.“ Der Sarg wurde in einer provisorischen Grube beigesetzt, an der ein Redner sich vernehmen ließ.

Die „Union française“, ein Organ für die russisch-französische Verbündung, scheint wenig Anhang zu haben, da sie heute bereits mit 5 Eis. statt wie gestern mit 10 Eis. verlauf wird. Kein Blatt hat ihrer gestern Erwähnung gehabt. Heute nur erwähnt die „Bataille“, eines der wenigen Blätter, die in Russland nicht alles vollkommen zu finden wagen, die „Union“ und den Entschluss des Generals Ferron, weiß nach, wie nun ein Bündnis mit Russland für Frankreich wäre, und schlecht;

„Warum wollen wir uns in Liebeserklärungen gegen Russland erschöpfen? Wenn Russland uns wohl will, so mag es seine Gefühle zeigen! Ist seine Freundschaft dann eine Thatsache, so wollen wir sie als solche betrachten. Wenn Russland so handelt, so hat er dies nur, weil es ein Interesse daran hat; es würde uns aber zuviel ausladen, wenn wir sentimental seinen Bereichungen zuvorstehen.“

Wie entnehmen diese Nachricht dem „Dresden Journal“. An derselben ist nur aufzufinden, dass das Blatt verschwiegt, dass die „Bataille“ ein sozialdemokratisches Organ ist.

#### Portugal.

Die „Germania“ hat aus Lissabon folgendes Privat-Telegramm erhalten: „Infolge der Droschken-Polizei-Verordnung zu verhängen, haben die Vertreter von 21 Zeitungen des Landes beschlossen, sofort zur Revolution aufzufordern, sobald die Presse beschändigt werde. Im Laufe des Donnerstags wurden die meisten Geschäfte und Fabriken geschlossen, die Menschenmenge auf den Straßen war vielfach unkontrollierbar.“ — Der „Magaz. Ztg.“ wird vom 19. telegraphiert: „Die Königin Marie, welche Witwe einer Sozialfahrt am Hofe unternahm, wurde von der Volksmenge verhöhnt. Die Menge schrie: „Nieder mit dem Orleans!“ Die Polizei musste den Wagen der Königin beschützen.“



erzählen lassen, um einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis zu erhalten; es werden auch verschiedene Anfragen gemacht; einige wollten sich jedoch erst darüber unterhalten, wie es gebraucht werden sollte. Daraufhin hat die Kommission ein Statut ausgearbeitet und am Sammelfest Begegnung getroffen mit der Bitte, bis 5. August zu antworten. Als Antwort lief am 1. August ein Schreiben mit der Unterchrift ein: "Verband der Eisen- und Metallindustriellen der Kreisbaupräsidentenfamilie Dresden" worin die Herren ganz eisig erklärt haben, daß sie nicht gewillt seien, sich das Recht in der Auswahl ihrer Arbeitnehmer beschließen zu lassen und es daher ablehnen müssten, mit der anonymen Kommission in Verbindung zu treten. Man erfuhr hieraus das Projektum ganz genau und durch Redner sich auch entschieden dagegen aus. Da man nun noch nicht von einem "Verband der Eisen- und Metallindustriellen" gehört hat, so wird

die Kommission nochmals beauftragt, den Prinzipien der verschiedenen größeren Unternehmen den Brief vom 1. August vorzulegen mit der Frage, ob dieselbe vom Geschäft ausgeht, oder ob es nur ein Nachschub einzelner ist. Darauf wurde die Versammlung um 1/2 Uhr geschlossen. — Die unter Punkt 3 erwähnte Abrechnung stellt sich wie folgt:

G e n o m m e n :	
Gesamtzahlnahme auf Listen	Mr. 4805,05
Von Schwarz (Alten)	745,00
Vom Agitatorverein	975,00
<b>Summa</b>	<b>Mr. 6525,05</b>
<b>A u s g a b e :</b>	
Unterstützung an Kollegen	Mr. 6888,75
Überreiche Ausgaben	154,00
Hör-Durchsuchen	82,00
<b>Summa</b>	<b>Mr. 6825,00</b>

Obige Abrechnung haben wir geprüft und richtig gefunden.  
Paul Weißle, Franz Herold, Hermann Beger,  
Hermann Künzlich.

Etwas Reklamationen bitte zu senden an den Betrauensmann

Louis Fischer, Dresden, Langestraße 52 III.

an der Haushalt einmal in die Sache gestoßen und am Ende abgeschritten, was ich zu bedachten Gelegenheit hatte. Ich möchte sofort dem Brigadier Melching vom dieser roben Handlungswelt, dafür steht man mich jetzt unter Anklage. Wie dieselbe formuliert werden wird, ist mir bis jetzt unverständlich, doch habe ich am 19. d. bereits Berührungen in dieser Angelegenheit gehabt. Ich fordere nun alle Dienststellen, welche wegen dieser Handlungswelt waren, auf, mir unbedingt eine vollständige Abreise einzusenden. Zugleich bitte ich aber auch Dienststellen, welche den Vorgang von vorn herein beobachtet haben, mit ihrer wertvollen Abreise einzusenden, damit ich eben auch den Beweis führen kann, daß die beiden Amtsträger, welche am genannten Tage vorgenommen, von der Polizei provoziert wurden.

Oscar Helm, Schneidermeister, Unterweißig.

## Achtung!

Hierdurch weise ich den geehrten Lesern dieses Blattes mit, daß das bisherige  
**Herren- und Knaben-Konfektions-Geschäft, ein gros**  
seine Firma gründet und jetzt

# Paul Wolff

## Nr. 19, I. Etage Wilsdruffer Straße Nr. 19, I. Etage

fürstet. Ich habe mich nun entschlossen, auch schweren werthen Kunden, welche schon unter der alten Firma bei mir gekauft haben, endstehende Artikel im Einzelverkauf zu En gros-Preisen werden zu setzen. En gros-Preisen verläuft und ist somit jede Nebenvorteilung ausgeschlossen. Schuh-Anzüge zu 2,50 Mr. u. s. w., Jungen-Anzüge zu 6 Mr. u. s. w., Herren-Anzüge zu 11 Mr. u. s. w., Kammgarn-Hosen zu 5 Mr. u. s. w., Stoff-Hosen zu 3,50 Mr. u. s. w., Stoff-Jaquettes zu 5 Mr. u. s. w., Pique-Westen zu 2,50 Mr. u. s. w., Arbeitshosen zu 1,50 Mr. u. s. w.

Ansicht und Umtausch bereitwilligst gestattet.

**Wilsdruffer Straße 19, II. Paul Wolff Wilsdruffer Straße 19, II.**  
Herren- und Knaben-Konfektion, ein gros.

## Große öffentliche Versammlung

### Schuhmacher

und aller in der Schuh- und Schäftsfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
Donnerstag den 25. September d. J. Abends 8 Uhr  
im grossen Saale des "Trianon."

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum deutschen Schuhmachers Kongress in Weißenfels.  
2. Ernt. Delegiertenwahl eines Arbeiters und einer Arbeiterin.  
3. Die neueste Fabrikordnung der Oberflächlichen Schuhfabrik.  
Nach jedem Punkt Debatte.  
Bitturk und Redefreiheit für Redemänner.

Der Eintritturk.

## Fachverein d. Blecharbeiter.

Sonntag den 28. September, Vormittags 11 Uhr

## Wander-Versammlung

in Thalheim's Restaurant, Schönbrunnstraße 1.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag von Herrn Seidenleiter Törmel über: "Die Notwendigkeit des Belohnens für die Gewerkschaften".  
3. Debatte.

Hierzu sind Gäste ganz besonders eingeladen.  
Um zahlreichen Besuch bitten.

Der Vorstand.

Nachdem die Konzession auf mein Restaurant abermals verweigert worden ist, mache ich hiermit bekannt, daß ich selbst wie bisher weiter führe. Bitte deshalb alle lieben Freunde und Gäste, mir ihr gütiges Wohlwollen auch fernerhin zu bewahren.

Empfehle meine Lokalitäten einer geneigten Beachtung, besonders mache ich auf mein großes Versammlungsklokal aufmerksam, selbiges ist außer Dienstags und Sonnabends alle Tage frei.

Hochachtungsvoll  
Max Thalheim,  
Schönbrunnstraße 1.

## Wöbel-Magazin

Dresden Ernst Leiter Dresden  
Wilsdrufferstraße Nr. 12, parterre u. 1. Etage  
(Vom Gang: Querstraße nach der Brüdergasse)

empfiehlt sein großes Lager älter und jüngster Möbel, sowie solider Polsterwaren, Küchen-einrichtungen etc., in den billigsten Preisen. Besuchte fronto Bahnhof.



Rudolf Heym

Graveur

Sömmerringe f. Th.

empfiehlt nebenstehend abgebildete Medaille. Preis zu 1 Pf. für Wiederverkäufer Rabatt. Verhandlungen gegen Nachnahme.

„... dies empfiehlt meine Kaufhaus-Gesellschaft sowie gewisse schwäbische Münzen.“

Hochachtungsvoll

Rudolf Heym,  
Graveur.

Soeben erschien:

## Zur Lage

## Arbeiter in den Bäckereien

August Bebel.

184 Seiten. — Preis 1 Mark.

Zu besuchen durch unsere Expedienten.

Restaurant „Granata“

Dresden-A.

56 Immannstraße 56

Kreuzkirchhof.

W. Getränke und Speisen,

f. B. Billard.

Um gütigen Auftritt bitten

Ed. Schneider.

Möbel in großer Auswahl bei

G. Lorenz, Grenzgasse Nr. 5,

Ecke Schönbrunnstraße.

## Klargespaltes Holz

lieferat den Kubikmeter lief. Scheitels für 8,50 Mr. fidi. Knieholz für 7,50 Mr. für in den Behälter.

(Auch in kleinen Kosten.)

Ang. Neifert, Dresden, Zöblitzerstraße 1.

Empfiehlt billig und gut.

Am See E. Köhler. Nr. 4.

# Beilage zu Nr. 115 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung.“

Dresden, den 24. September 1890.

## Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland.

M. S. In Deutschland ging die Verwandlung der mittelalterlichen Gesellschaft in die moderne kapitalistische nicht mit derselben durchsichtigen Klarheit von Statten wie in England. Es mischten sich hier der Entwicklung reichenförmige, sündende Rüge bei, welche ihren Gang vielfach verzögerten. Doch ist der Charakter der alten und der modernen Wirtschaft in beiden Ländern dasselbe. Daher hat sich auch der Übergang von der einen zur andern auf gleichen Wegen vollzogen.

Für England bestehen wir schon seit mehr als zwei Jahrzehnten eine für immer maßgebliche Vorstellung der Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Produktion: der Enteignung des englischen Landvolks von Grund und Boden zu Gunsten des Großbürgers, der Verdrängung der zünftigen Kleinproduktion durch die emporwachsende, finanziell subventionierte Manufaktur mit ihrer weitgehenden Theilung der Arbeit und des schleichlichen Sieges der Großindustrie mit ihren Fabriken und Maschinen. Wir brauchen kaum erst zu erwähnen, daß wir hier an das unsterbliche Werk von Karl Marx denken; die deutschen Arbeiter kennen es, viele durch eigenes Studium, andere durch die zum Theil vortrefflichen Bearbeitungen, welche die Marxianischen Gedanken und Ausschauungen mehr und mehr zu einem Gemeingut aller ausgestreuten Proletarier machen.

Für Deutschland steht uns ein ähnliches Werk noch vollständig; so füllt hier auch neuerdings auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte gearbeitet wird, so verlieren sich die Fortschritte doch allzusehr in Detailsfragen; sie lassen auch eine richtige allgemeine Aufzäffung der geschilderten jüngsten Entwicklungsscheinungen meistens vermissen. Doch haben die letzten Ergebnisse auch hier eine Fülle wertvollen Stoffes angebaut, und so war schon lange Zeit, daß sich auch hier ein Proletariat fand, der für die deutschen Proletarien dieses Thatsachenmaterial in allgemeinverständlicher Weise zusammenfaßte und nachwies, wie dieselben Gesetze, die Marx an der englischen Volkswirtschaft nachwies und erläuterte, im Großen auch die deutsche soziale Entwicklung beherrschen, wie sie aber im Einzelnen durch die besonderen Verhältnisse mobilisiert werden, unter denen in Deutschland die kapitalistische Produktion auftritt und aussieht.

Wie ist in Deutschland der alte unabhängige Bauer verschwunden, der mit eigenem Ackergrub seinen Grund und Boden bearbeitete — wie ist er erst selbstgenossen und dann proletarischer ländlicher Lohnarbeiter geworden — wie ist der Großgrundbesitz entstanden, der die selbstgenossen und freie Arbeitskraft ausbeute?

Wie hat sich unter und neben den Ämtern mit ihren Einschränkungen der Zahl der Arbeiter und damit der Größe des Betriebes die Großproduktion emporheben können, wie spielt sich der Kampf zwischen alter und neuer Produktionsform ab und welche Stellung nahmen die deutschen Regierungen hierzu?

Welche Bedeutung hat die „Bauernbefreiung“ unseres Jahrhunderts für das Verhältnis von Großgrundbesitz und bürgerlichem Kleinbetrieb gehabt? Wie ist die Maschinen-Großindustrie in Deutschland heimisch geworden und welches Maßnahmen verhängte sie über die alten Kleinmeister?

Welche Umstellungen aller Lebensverhältnisse der gesammelten Geistes- und Denkweise der Menschen, welche künstlerischen, politischen Strömungen hat die allmähliche Umwandlung der Produktionsweise hervorgerufen?

Diesen Fragen wendet sich, auf Grund eines reichen historischen und statistischen Materials, eine eben erschienene Arbeit von Paul Kämpfner zu,

## Feuilleton.

### Weibliche Fabrikinspektoren.

Vom 28. bis 30. August waren in New-York die Fabrikinspektoren von Nordamerika, Männer und Frauen, zusammen. Aus den Verhandlungen haben diejenigen über die Möglichkeit der weiblichen Fabrikinspektoren für deutsche Lehrer ganz bestenes Interesse. Wir stellen daher die bezüglichen Berichte New-Yorker Zeitungen mit.

Frau A. M. Bremmer sagte unter Anderem: „Es ist dies das erste Mal, daß man die Hilfe der Frau beantragt hat bei den verschiedenen Zweigen der Fabrikinspektion. Noch ist es zu früh, um sich einen vollen Einblick in die Möglichkeit der Fabrikinspektoren zu verschaffen. Die Pflichten derselben sind vielfach und kompliziert, und die erste Aufgabe derselben muß die sein, sich genügende Kenntnisse zu erwerben. Es fordert ein fortwährendes Studium, um dem Arbeitern und dem Arbeitgeber gerecht zu werden. Die Ernennung von Fabrikinspektoren ist ein Schritt auf der rechten Bahn. Ich bin kein Blaustumpf oder eine Frauenschleicherin, dennoch glaube ich, daß es Spätter geht, in denen die Worte ein notwendiges ist.“

Bremmer sprach dann über die Tätigkeit der

und da sie für Arbeiter bestimmt ist, so wollen wir in diesem Arbeitersblatt eine kurze Uebersicht ihres Inhalts geben, in der Hoffnung, daß diese zu recht lebhafter Deküre der Schrift selber anregen mögde.“)

Der mittelalterliche Bauer stellte noch ganz in der Naturalwirtschaft; er verkaufte nicht, was er produzierte, und er kaufte nicht ein, was er brauchte; „er machte sich noch in allem selbst fertig“, wie der alte Julius Meier es sehr treffend bezeichnet: er baute sein Getreide und verbrauchte es, er zog seinen Flachs und verspannte und verwendete ihn, und seine Frau schneiderte ihm daraus seinen Kleiderstoff zu. Der adelige Herr beanspruchte nun allerdings vom Bauern seine Dienste und Naturalleistungen, aber da er die bürgerlichen Produkte nicht in Geld umsetzen kann, muß er sie selbst verbrauchen und verbrauchen, sein Wagen ist bald gefüllt und damit waren der Ausbauung des Bauern gleichzeitig enge Grenzen gesetzt. Erst mit der einbringenden Geldwirtschaft und der Produktion für den Markt kommt es für den Grundherren einen Sinn, mehr aus den Bauern herauszupressen, als er selber verbrauchen konnte; jedes Überprodukt setzte sich in mehr Geld um, und der Hunger nach Geld ist bekanntlich unersättlich. So begann der Abl., der nach Einführung der Feuerwaffen in einem Zustand vollkommenen Ökonomie zu versinken drohte, mit der Absicht möglichst großen Geldeinnahmen zu produzieren. Die Versplitterung „seines“ Landes in viele kleine Höfe schwerte ihm die Produktion auf großer Stützenleiter: er rumbte daher sein Wirtschaftsgebiet ab, er vertrieb, er „legte“ die Bauern, die nötigen Arbeitskräfte sicherte ihm die Leibeigenschaft, das Brandmaut und Polizei der Enslavenen; die Ausbeutung der „Gutsuntertanen“ stieg und stieg, die Macht des Großbesitzes stieg und stieg.

In der Stadt war die Zunftverfassung zunächst noch eine Schranke für das Emporkommen größerer Betriebe. Aber einmal galt die alte Zunftverfassung niemals für die Verarbeitung eines neuen Rohstoffes, wie z. B. der Baumwolle, hier fielen also die Beschränkungen in der Zahl der Arbeiter von selbst hinweg und das Kapital konnte den Betrieb nach Belieben organisieren; ferner machte es sich durch die ländliche Handelsindustrie Waffen von Arbeiterschaften unabhängig, die es in einer gerechten Weise in der Stadt nicht hätte vereinigen können. Ferner aber ergab die Zunftverfassung selbst mehr und mehr den Bedürfnissen der neuen Zeit und die absolute Staatsgewalt hat alles Mögliche, um dem sich reckenden und streckenden Kapitalismus die Wege zu ebnen: sie gestaltete, die „erforderliche“ Zahl von Gesellen zu halten, Weber zu beschäftigen, sie verlängerte die Arbeitszeit und verbet die Arbeiterfortschritte, sie bekämpfte die Arbeiter, während sie die neuen Manufakturbetriebe mit Geld subventionierte.

So haben wir am Ende des 18. Jahrhunderts in Stadt und Land in Deutschland vollständig andere Wirtschaftsverhältnisse wie etwa zur Reformationszeit, und Kämpfner schreibt dann in einem besondern Kapitel „die gesellschaftlichen Klassen am Ausgang des vorjährigen Jahrhunderts“, den herrschen Adel, den phäälischen Kleinstädter und die noch oft verschwindend kleinen Großbourgeoisie. Die Adelsschicht als Klasse regte sich kaum.

Wir kommen nun zu den Reformen nach der französischen Revolution, und hier gelang Kämpfner (besonders an der Hand von Knapp, Weitzen, Schmoller), was der Bauer alles an Produktionsweise heraushob?

Diesen Fragen wendet sich, auf Grund eines reichen historischen und statistischen Materials, eine eben erschienene Arbeit von Paul Kämpfner zu,

und Geld an den Großgrundbesitzer abtreten mußte, um „frei“ zu werden von dessen angeblichem Oberzentrumsrecht und von den „rechtmäßigen“ Leistungen und Diensten an diesen. Wehr konnte der Bauernstand zu Gunsten der Ritterzüchter gar nicht geplündert werden, wie durch diese „Regulierungen“ und „Abfassungen“. Am Land erhielt der altpreußische Adel 1.533.050 Morgen, an Kapitälen 18.544.766 Thaler, an jährlichen Gelbrenten 1.549.992 Thaler, dann erhielt er in natura 249.436 Scheffel Roggen und 10.638 Scheffel in Hafer, Weizen und Gerste. Dafür wurden 70.582 freie Eigenhauer geschaffen und 289.651 Bauern abgelöst. Sie bewirken sich von 5.978.295 Spanndiensttagen und 16.869.824 Handdiensttagen. Diese großen Opfer hatten die Bauern aufzubringen, um nur einen Theil des Landes wieder zu erhalten, das ihnen einstmals vor dem Ritterstand des Bauerngebiets eigentlich gehört hatte, und um sich von Kosten frei zu machen, die ihnen meist erst unter dem Einfluß der sich entwickelnden Geldwirtschaft aufgedrückt waren. Und dabei „befreite“ die preußische Agrargesetzgebung nur einen Theil der Bauern, erst 1848—1865 löste sich der größte Theil der kleineren Bauern ab. So ist auf dem Lande der bürgerliche Kleinbetrieb begnügt worden, und was von ihm überblieb, zerstört und zerstören soeben die Flächen der kapitalistischen Großproduktion.

Die Schrift schildert uns sodann die industrielle Entwicklung Deutschlands bis 1848, die dagegen sich aufzubauenden Reaktionen der untergehenen Handwerker, die ihrer Todesangst in den Schuhmacherstiefeln sicherten, zwischen ihnen die Leibesfrüchte, das Brandmaut und Polizei der Enslavenen; die Ausbeutung der „Gutsuntertanen“ stieg und stieg, die Macht des Großbesitzes stieg und stieg.

Die Großindustrie macht mit allen diesen Projekten gründlich Schaden; wir erhalten von ihrer Ausbeutung und ihrer heutigen Entwicklung ein treffendes Bild, an das sich dann zuletzt einige Ausführungen über „die Umgestaltung der menschlichen Geschäft- und Denkweise durch die kapitalistische Wirtschaft“ richten.

Wir geben zum Schlusse aus diesem Abschnitt eine Strophe wieder — um die Schreibweise des Verfassers zu kennzeichnen:

Im Jahre 1840 wohnte in den alten preußischen Monarchie ca. 1/3 der Bevölkerung in Städten mit über 10.000 Einwohnern, 1880 dagegen ca. 1/4. Große Massen der Bevölkerung sind dennoch in die Groß- und Industriestädte hingeworfen worden. Da entwickelt sich aber vor ihren Augen ein ganz anderes Leben wie vorher: ein Hafen, ein Jagen, ein Kampf um die Existenz. Nicht schleichen die Tage einsam und trübselig mehr dahin! Das Leben bewegt sich nicht mehr auf demselben gleichen Niveau, es kennt jetzt Höhe und Tiefe. Und gerade weil es diese kennt, so empfindet der Arbeiter jede Veränderung seiner Lebenslage doppelt und dreifach unangenehm und schmerhaft. Dasselbe unveränderliche graue Elend wird schließlich gar nicht mehr gefühlt. Jetzt wechseln die „hungrigen und fetten“ Tage und Wochen miteinander ab. Die Überarbeit folgt der Arbeitslosigkeit, Lebensfreude dem Lebensüberdruck. — Die abspannende Arbeit, der belaubende Bär der Maschine macht ferner den Arbeiter nervös, er wird leicht erregbar, in Hass und Liebe gleichzeitig. Die Gleichgültigkeit, der Stumpfstein, die Interessenlosigkeit, welche der Landbewohner vielleicht noch mit in die Stadt gebracht hat, verschwindet gar bald unter dem Einfluß des bewegten Stadtlebens. Hier heißt es jetzt: „Aufgepaßt, nehmst Eure fünf Söhne zu-

sammen und fort mit dem Stumpfstein, sonst verschlingt Euch der weitgeschweifte Magen des sozialen Elends.“ Hier gilt es stets, seine Interessen wahren, da aber diese mit denen anderer Berufs- und Klassegenossen eng verwachsen sind, so kann man diese nur schwächen, indem man die Interessen jener schlägt. Das Gefühl der Solidarität entwölft und kräftigt sich. Die sozialen Klassen fühlen sich als eine große zusammengehörige Gemeinschaft. Damit erweitern sich die Interessen des einzelnen Arbeiters, der Geschäftsrat derselben befindet sich aus. Außerdem führt das entwickelte Verhältnis dem Arbeiter zahlreiche neue Verhältnisse vor Augen. Seine Anschauungswelt wird dadurch bedeutend bereichert. Jetzt machen die Generationen nicht mehr unter dem Schatten des bekannten Reichshirms heran, jetzt schließen nicht mehr die engen Stadtmauern die gesamme übrige Welt vor den Augen des Menschen ab. Eisenbahnen und Telegraphen haben jetzt fast die halbe Welt in den Bereich des Bürgers hineingezogen. Diese ist ihm gleichsam auf Armeslänge nahe gerückt. Man reist nur den Arm nach der naheliegenden Zeitung aus, so liegen einem die neuesten Geschehnisse fast aus der ganzen jüngsten Welt vor Augen. Selbst im ganz ländlichen Distrikt trägt jetzt der Telegraph und die Post die neuesten Nachrichten hinein. . . Folgt eine statistische Zusammenstellung über die Verbreitung der Zeitungen, die Lebhaftigkeit des heutigen Verkehrs u. s. w. . . Ferner wird die falsche weinerliche Ueberempfindsamkeit der guten Kleubürger vor dem heutigen hartantigen Leben zerrieben. In unablässiger Auseinandersetzung sieht der Großstädter heute die Menschen kommen und gehen:

Geburt und Grab,  
Ein ewig's Meer,  
Ein wechselnd Leben,  
Ein glänzend Leben.

Da leben vor seinen Augen in derselben Minute Leichen und Hochzeitswagen vorüber, und während er über sich die leichten Ahnen eines Sterbens verummt, hört er unter sich den ersten Schrei eines Neugeborenen. Auch den Wollen sentimentalster Schwärmer fällt der Großstädter gar bald auf das harte, platte Straßengesicht. Da dieses moderne Leben ist sehr real, aber darum nicht etwa unsympathisch. Diesem realen Leben entspringt die Poetie des Realismus und Naturalismus, eine Poetie voller starker moderner Leidenschaften und Kämpfe. Solche, tragende Robepeisen kann diese Poetie allerdings nicht zur Wiedergabe des Lebens in unserem eisernen Maschinenalter gebrauchen. . . (Beil. „Vollständige.“)

## Sozialpolitische Rundschau.

### Deutsches Reich.

— Der Segen des Militarismus. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ heißt läufig mit, die preußische Regierung habe von dem neuen Kavallerieabteil 74.000 Stück nach Solingen in Auftrag gegeben. Im Bewußtsein, daß damit den Arbeitern schon wieder eine große Gnade widerfahren, fügt das Blatt von seinem Kapitalistenstandpunkt aus hinzu: „Das gibt wieder für zahlreiche Arbeitersfamilien stolzen Verdienst.“ Es ist wirklich rührend, bemerkt dazu das „Offenburger Abendblatt“, wie der Staat für seine arbeitenden Bürger sorgt! Bedauerlicherweise sollen nicht mehr als nur 74.000 neue Säbel hergestellt werden. Darum, Ihr Arbeiter, zahlt gern und willig die Militärabgaben! Jemehr Ihr zahlen müßt, desto besser ist es für Euch; denn dann müssen auch immer mehr neue Gewehre angesetzt werden, und das gibt — würdig die große Wohlthat — stolzen Verdienst für viele Arbeitersfamilien! Arbeit, Ihr lebt hieraus abermals, wie man Euch jährling Honig um den Mund zu schmieren sucht! Jämmerliche Zeit, in welcher die Kapitalisten den Militarismus als Erziehungsmittel für die Roth der arbeitenden Klasse bezeichnen dürfen!

— Wie es die Unternehmer treiben. Nachfolgendes Schriftstück ist uns zur Veröffentlichung übermittelt worden, welches einen Einblick in das schändliche Treiben des deutschen Unternehmers gewährt. Die Leute ersehen daraus, daß die schwarzen Lüften von den Unternehmern: Geheimbünden, zu deren Verfolgung sich kein Staatsanwalt findet, wirklich gehandhabt werden:

Verein der Metallindustriellen  
der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete.  
Hannover, den 16. Mai 1890.

Die Metallarbeiter der Firma Gebr. Körting haben, nachdem sie etwa 12 Tage haben seien müssen, auf ihr Geschäft die Arbeit wieder aufzunehmen dürfen. Wir bitten also die betreffende Feste zu lassen.

Nachträglich ist uns noch von Herrn Gustav Kannenberg, Hannover, mitgeteilt, daß die Güter die Arbeit am 1. Mai Nachmittags 4 Uhr ohne Erlaubnis niedergelegt und die Tafel verloren haben und deshalb von Herrn Kannenberg entlossen sind. Die Leute hätten die von dem Verein in Vorschlag gebrachten Entlastungsabschneide erhalten.

Frau als Haushälterin, Fräherin, Krankenpflegerin, wobei sie als Beispiel die hochberühmte Florence Nightingale anführt, und führt dann fort: „So lange als unter Gesellschaftssystem die Arbeit von Frauen und Kindern in Fabriken gestattet sei, so lang soll sich ihr eigenen Unterhalt zu erwerben, eben ihren Eltern und Eltern zu helfen, ihre Fröste zu stillen, so lange dieser bedauernswerte Zustand besteht, behaupte ich, daß die Fabrikarbeiterinnen unbedingt notwendig sind und daß es Pflicht der Frauen ist, darauf zu achten und dafür zu wirken, daß ihr eigenes Geschlecht nicht von habgierigen und unmoralischen Arbeitgebern missbraucht und betrogen wird.“ Nach einem Jahre schenkt werden man die Nützlichkeit der Fabrikarbeiterinnen anerkennen. Für gewisse Fälle seien die Inspektoren besser geeignet als Männer, z. B. um sich das Vertrauen von Arbeitern zu verschaffen. Besonders in sanitärer Hinsicht würden Frauen und Mädchen die größten Dienste erbringen, ehe sie einem Mann ihre Beschwerden mittheilen würden. Sie könne Ihren Kolleginnen nicht bringend genug empfehlen, sehr vorsichtig in dieser Hinsicht zu sein, um den vielen Leibern, die existieren, auf den Grund zu kommen. Noch größer sei die Möglichkeit der Inspektoren in Bezug auf Altersarbeitslosigkeit, denn das Wohl und Wehe und die Erziehung der Kinder sei die erste Pflicht der Frau.

In verschiedenen Fabriken des Staates hätten Arbeiterninnen über die rohe und gemeine Sprache geplagt, welche gegen sie geführt wurde. Einem männlichen Inspektor gegenüber könnte eine Arbeitnehmerin nicht von solchen Dingen sprechen. Der Arbeitstand, daß Frauen und Männer dieselben Arbeiten in den Fabriken benutzen müssen und daß die Mädchen den unstillbaren Antragen seitens der Arbeitgeber und Vorleute ausgesetzt sind, sei nicht zu Tage gekommen, als nur die Männer die Fabrikarbeiterinnen und selbst ihr, der Rednerin gegenüber, seien die Arbeitnehmerinnen nur mit Schu auf dieses Thema übergegangen. Frau Bremmer schreibt mehrere solche Fälle.

Eine Reihe der männlichen Fabrikarbeiterinnen suchten den Eindruck dieser Ausführungen durch allerhand Ausstellungen abzuschwächen. Jedoch ohne Erfolg.

Am Schlusse der Verhandlung trat der Präsident den Vorzug ab und riet in einer Rede die von den weiblichen Inspektoren geleistete Arbeit namentlich auch den offenen und freimüthigen Schilddungen der Frau Bremmer.

Es ist zu wünschen, daß auch in Deutschland der Nutzen der weiblichen Fabrikarbeiterinnen in den Kreisen der Arbeiter nicht übersehen und daß die Wahl von Frauen zu Fabrikarbeiterinnen ernstlich gefordert werde.

